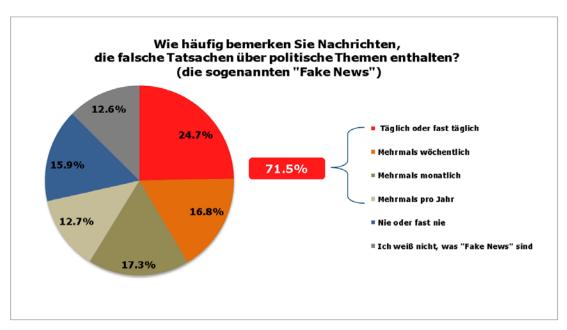


## Drei Viertel der Bulgaren beklagen Fake News

72 Prozent der Bulgaren nehmen Falschnachrichten in den Medien des Landes wahr. Das hat eine repräsentative Umfrage im Auftrag des KAS-Medienprogramms Südosteuropa ergeben. Nur 13 Prozent der Einwohner kennen das Phänomen Fake News nicht. Generell informieren sich die Bulgaren weit überwiegend im Fernsehen über Politik (91 Prozent). Mit weitem Abstand folgen Online- und Printmedien. Auch die Sicherheitspolitik war Teil der Studie: Vertrauen in diesem Bereich genießt vor allem die EU, gefolgt von der NATO. Insgesamt wird der EU stärker vertraut als Russland.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer KAS-Konferenz zu "Fake News, Propaganda und Geopolitik" am 27. Juni in Sofia vorgestellt. Sie wurde von dem Sofioter Meinungsforschungsinstitut "Alpha Research" durchgeführt. Die Stichprobe (1.024 Befragte) ist landesweit repräsentativ.

Jeder vierte Bulgare (25 Prozent) sieht demnach täglich Falschnachrichten in den Medien, jeweils jeder Sechste (17 Prozent) mehrmals pro Woche oder mehrmals pro Monat. Insgesamt identifizieren 72 Prozent der Bulgaren falsche Informationen. "Die hohen Prozentzahlen zeigen, dass die Öffentlichkeit schon eine hohe Wahrnehmung für das in dieser Form neue Phänomen hat", kommentierte die Geschäftsführende Gesellschafterin von "Alpha Research", Boriana Dimitrova. "Falschnachrichten werden am häufigsten von der mittleren Generation mit höherer Ausbildung aus größeren Städten identifiziert. Diese Bürger nehmen Informationen kritischer wahr. Von Menschen aus kleineren Wohnorten und mit niedriger Ausbildung sowie von Jüngeren werden Fake News seltener identifiziert. Das macht sie zu einer potenziellen Zielgruppe für solche Angriffe".



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. - Medienprogramm Südosteuropa

Leiter: Christian Spahr

ul. Konrad Adenauer 19, Et. 1, Ap. 2, 1504 Sofia, Bulgarien Telefon: +359 2 94249-71, Telefax: +359 2 94249-79

E-Mail: christian.spahr@kas.de, Web: www.kas.de/medien-europa



Die dominierende Informationsquelle über Politik sind TV-Sender. 91 Prozent der Bulgaren beziehen politische Nachrichten aus dem Fernsehen. Online-Nachrichtenportale (24 Prozent), soziale Netzwerke (23 Prozent) und Printmedien (18 Prozent) folgen; das Radio nutzen 17 Prozent als Nachrichtenquelle. Nur wenige Bulgaren suchen politische Informationen auf Webseiten öffentlicher Stellen (Regierung, EU, NATO) oder von NGOs – diese werden jeweils von weniger als sechs Prozent der Einwohner besucht.

"Eine Mehrheit der Bulgaren ist täglich im Internet aktiv, aber bei redaktionellen Nachrichten hat das Fernsehen noch eine überragende Stellung", unterstreicht Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa. "Soziale Medien haben für den politischen Diskurs bereits die gleiche Bedeutung wie professionelle Online-Medien. Journalisten haben kein Monopol als Nachrichtenanbieter mehr und müssen die Bürger umso mehr durch Qualität überzeugen. Besonders Printmedien und Radiosender müssen ihre Relevanz als politische Informationsquelle neu beweisen". Politische Institutionen müssten ihre Online-Angebote attraktiv gestalten und diese verstärkt in sozialen Netzwerken bewerben, so Spahr.

"Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die große Mehrheit TV-Nachrichten umfassend verfolgt", kommentierte Orlin Spassov, Geschäftsführer der Stiftung Mediendemokratie. "Immer mehr Zuschauern reicht das Fernsehen aber nicht und sie suchen nach weiteren Quellen für politische Nachrichten. Trotz dieser positiven Tendenz ist die Dominanz des Fernsehens unbestritten."

Ein weiterer Aspekt der Erhebung war das Vertrauen in andere Staaten und internationale Organisationen. So haben 38 Prozent der Bulgaren hohes bzw. sehr hohes Vertrauen in die Europäische Union, weitere 38 Prozent geben ein durchschnittliches Vertrauen in die EU an. Lediglich 24 Prozent vertrauen der EU "wenig" oder "sehr wenig". Nicht ganz so viele Bulgaren neigen Russland zu: Es kommt auf immerhin 33 Prozent hohes oder sehr hohes und 44 Prozent "durchschnittliches" Vertrauen. Auch Deutschland genießt viel Vertrauen vonseiten der Bulgaren (31 Prozent hoch/sehr hoch, 43 Prozent "durchschnittlich"). Die USA kommen mit 15 und 37 Prozent auf geringere Werte. Zu 27 Prozent genießt die NATO hohes oder sehr hohes Vertrauen, zu 38 Prozent "durchschnittliches" Vertrauen.

In Fragen der nationalen Sicherheit vertrauen 29 Prozent der Bulgaren ihren eigenen Sicherheitskräften. Ebenfalls 29 Prozent vertrauen dabei auf die EU, 20 Prozent auf die NATO und 18 Prozent auf Russland. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

"Zunehmend gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen dem globalen Informationsraum und Sicherheitsfragen", sagte Yordan Bozhilov, Präsident des Sofia Security Forum. "Wir sehen, wie das Internet und soziale Netzwerke von radikalen Organisationen verwendet werden, um neue Anhänger zu gewinnen. Sie werden auch von einzelnen Ländern genutzt, um Propaganda und Falschmeldungen zu verbreiten. Am meisten gefährdet sind demokratische Staaten. NATO und EU haben praktische Maßnahmen ergriffen, um diese Risiken zu minimieren. Dennoch ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten klare politische Positionen definieren."

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. - Medienprogramm Südosteuropa

Leiter: Christian Spahr

ul. Konrad Adenauer 19, Et. 1, Ap. 2, 1504 Sofia, Bulgarien Telefon: +359 2 94249-71, Telefax: +359 2 94249-79

E-Mail: christian.spahr@kas.de, Web: www.kas.de/medien-europa



"Anti-europäische Fake News werden von der EU-Kommission und anderen bereits umfassend analysiert", sagte Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa. "Jetzt ist es nicht nur nötig, Propaganda-Mechanismen öffentlich zu entlarven. Die EU muss auch einfache und klare Botschaften für soziale Netzwerke finden, um ihre Werte und die Vorzüge ihres politischen Modells deutlich zu machen. Dabei darf die EU nicht nur Fakten kommunizieren, sondern muss mehr positive Emotionen wecken."

Die Konferenz des KAS-Medienprogramms Südosteuropa in Sofia wurde in Kooperation mit dem Sofia Security Forum und der bulgarischen Stiftung Mediendemokratie (FMD) veranstaltet. An Podiumsdiskussionen zu Fake News und Sicherheitspolitik nahmen Medien- und Kommunikationsexperten aus Bulgarien, Deutschland, Ukraine, Russland, Rumänien, Montenegro und von der NATO teil. Unter anderem war die Organisation "Reporter ohne Grenzen" vertreten. Journalisten, Diplomaten, Politikberater, Wissenschaftler und interessierte Bürger verfolgten die Debatten.

Weiterführende Informationen finden Sie unter: www.kas.de/medien-europa